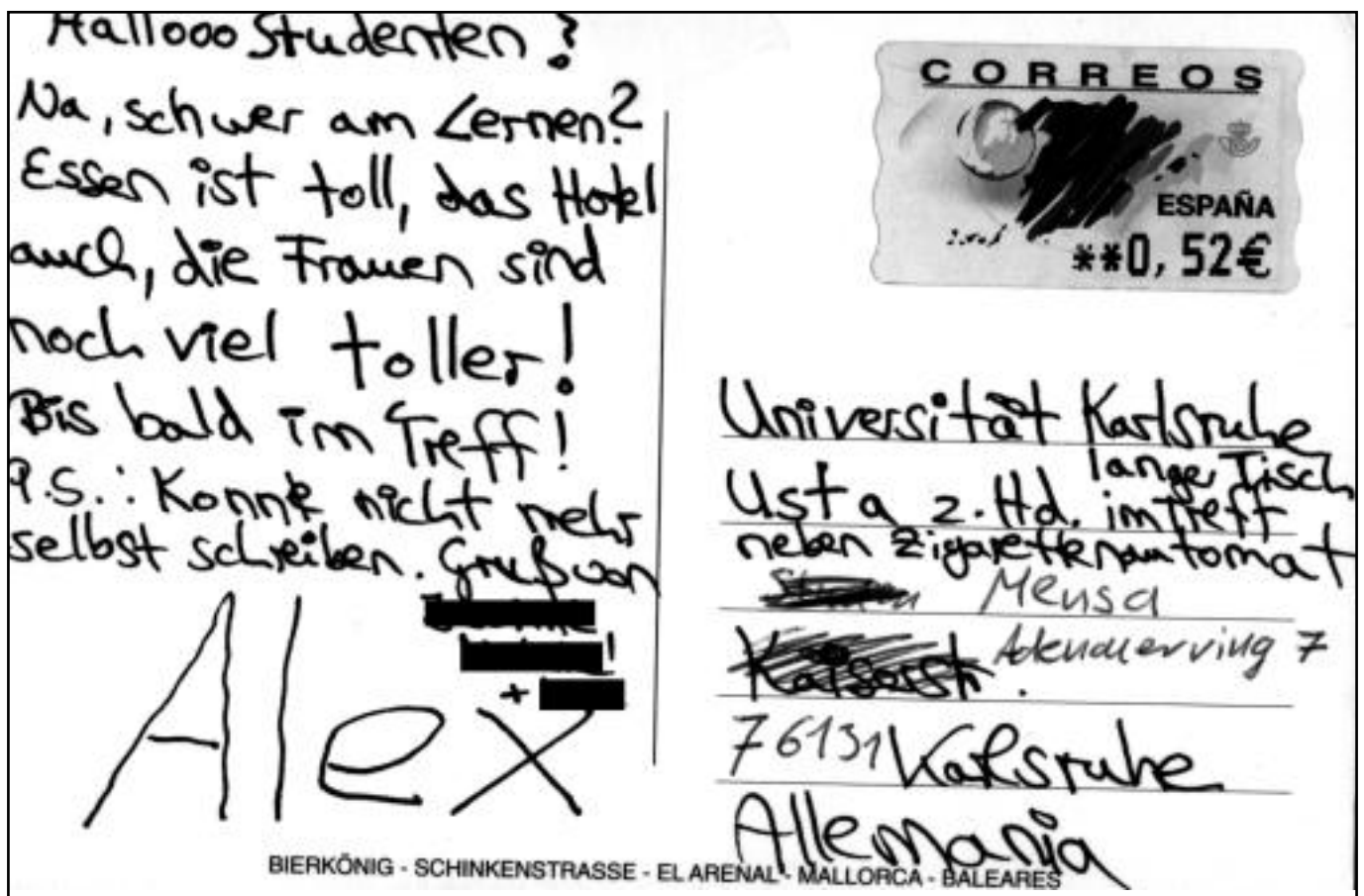


Ausgabe
Oktober
2004



Schade, der Sommer ist vorbei...
...stattdessen was zum Lesen:

**Menschenrechte in der Türkei, Wohnheimneubau,
Veranstaltungshinweise u.v.m. in diesem Magazin**

\$kolumne

Und jeden Morgen grüßt das Nuscheltier

Mein Radiowecker ist etwas wankelmütig in seiner Senderauswahl. So kann es leicht passieren, dass ich am Morgen Dinge empfangen, die ich eigentlich um die Uhrzeit überhaupt nicht brauchen kann. Wenn sich der DLF erinnert, so wache ich erst gar nicht auf. Kontraproduktiv.

Oder falls Myriaden PolitikerInnen aller Parteien erklären, sie hätten alle die Wahl gewonnen. Mitten in der Nacht, im Halbschlaf; ich muß hier wirklich nicht ausholen, in welcher Agonie ich noch nach dem Aufwachen stand - Angela Merkel vor meinem Auge, wie sie mit Münzfeeling... lassen wir das lieber.

Schlimm ist es von schwäbischen Hausfrauen aufgeklärt zu werden, dass sel un jenes mitn baar Oire meeh super klappt. Zwischendurch ABBA und Simon & Garfunkel. Macht zumindest wach.

Radio aus Bruchsal ist jedoch das letzte. Ein fluktuierendes Furunkel im Äther. Wenige Augenblicke Wortbeitrag reichen in der Regel aus, um mich zuverlässig aus dem Bett unter die Dusche zu treiben. Brrr. Traumata!

Gewerbeaufsicht und Wirtschaftskontrolldienst gehören denen auf den Hals gehetzt. An das Interview mit dem Bundesvorsitzenden der SportfallschirmspringerInnen wenige Tage nach Mölles nicht minder sportlichem Sportsprung werde ich mich bestimmt mein ganzes Leben erinnern. Ich habe es nicht komplett gehört. Oh nein.

Die Antwort auf die Frage, ob wir nun zu befürchten haben, dass lebensmüde, mit Sprengstoff beladene TerroristInnen sich unter die SpringerInnen mischen, um so AKWs zu bombardieren habe ich nicht mehr gehört. Ich erinnere mich dunkel daran, schreiend das Radio getötet zu haben und von Spasmen geschüttelt in die Uni fortgelaufen zu sein.

Können wir die nicht nach Nordvietnam entsenden? Oder zumindest unter der Hand damit drohen, wenn Hanoi muckt. Sowas ist aber bestimmt verboten und international geächtet. Zumindest wäre es aber sehr befriedigend, den charismatischen netten Herren vom GEZ-Regionalbüro einige Tage damit zu verwöhnen. Auf die schwarze Kutte und den Strom könnte ich dann auch gerne verzichten.

Inhalt

Wohnheimneubau.....	Seite 3
Menschenrechte in der Türkei.....	Seite 4
UMag vor 10 Jahren.....	Seite 6
Mensaranking.....	Seite 7
HRG-Entscheidung.....	Seite 9
Studieren und Wohnen.....	Seite 10
Demo gegen Berufsverbote.....	Seite 11
China Keitetsi liest.....	Seite 12
Frauenreferentin.....	Seite 13
Verkehr auf dem Campus.....	Seite 14

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Länge des Sommers kann so relativ sein. Kaum konnte mensch ein paar mal die Sonne genießen, so kommt das böse Wort "Wintersemester" wieder auf uns zu. Die Meisten von euch werden sich über den viel zu kurzen Sommer ärgern. Doch eine kleine, unbeugsame UMag-Redaktion schreit: "Der Sommer war viel zu lang!" Denn ein Gespenst geht um in der Presselandschaft - das Gespenst des Sommerlocks. Wenn es sonst nichts zu berichten gibt, zettelt der Spiegel eine Konterrevolution in der Rechtschreibung an, wird plötzlich Hartz IV von der Öffentlichkeit entdeckt und der frisch inthronisierte Bundespräsident zieht verbal die Mauer wieder hoch. Da brennt es natürlich unter den Nägeln, die Studierendenschaft zu informieren - zum einen über diese Lückenfüller, die die Medien heimsuchen, zum anderen über wirklich interessante - insbesondere studentische - Themen. In diesem Sinne: viel Spaß beim Lesen!

Euer UStA

Neues Wohnheim in der Nancystraße

Seit September stehen den Karlsruher Studierenden 236 zusätzliche Wohnheimplätze in der Nancystraße 2 zur Verfügung. In den zwei fünfstöckigen Gebäuden befinden sich 20 Wohngruppen für jeweils 8 Leute und 76 Einzelapartements. Alle Zimmer sind vollständig möbliert und haben ein Waschbecken. Im Unterschied zu den 10 m² großen Zimmern der WGs haben die Apartments eine Kochnische und ein Bad mit Dusche und WC. Die Mietpreise liegen bei ca. 150 Euro bzw. 250 Euro. Als besonders energiesparend soll sich das Bauwerk laut Architekt erweisen. In den Fertigbauwänden ist neben allen Leitungen auch die Heizung integriert, welche sich beim Öffnen des Fensters automatisch abschaltet. Unterkellert sind die Wohngebäude nicht, Heizung und Technik befinden sich stattdessen im kleinen Gemeinschaftshaus in der Mitte des Komplexes. Insgesamt steht so eine Nutzfläche von 5800 m² zur Verfügung.

Das 5-Euro-Wohnheim

Nicht in Vergessenheit geraten darf die Tatsache, dass der Neubau nur durch die Solidarität der 33.000 Studierenden aus Karlsruhe und Pforzheim zustande kam. Mit dem um 5 Euro erhöhten Semesterbeitrag seit dem Wintersemester 02/03 wurde ein einmaliges Projekt initiiert, und einmalig sollte es auch bleiben. Mit dem Beitrag bezahlen wir die Zinsen, die für den vom StuWe aufgenommenen Kredit

anfallen. Nach spätestens zehn Jahren wird der er abbezahlt sein und die Beitragserhöhung zurückgenommen. Daran sollten wir alle erinnern, die im Jahr 2013 noch studieren werden. Bis dahin werden wir insgesamt rund 3 Mio. Euro gezahlt haben. Die Betroffenen für Sozialleistungen selbst aufkommen zu lassen, ist natürlich der falsche Weg. Zuständig wäre eigentlich das Land, welches in der Finanzierung



auffällig zurückhaltend war. Auch weiterhin werden Wohnungen benötigt. Es muss dem Land Baden-Württemberg, das so stolz auf seine "Elite-Unis" ist, bewusst werden, dass auch soziale Rahmenbedingungen elementar für den Erfolg des Studiums sind (siehe Seite 10).

Blick in die Zukunft

In den letzten drei Jahren hat das Studierendenwerk mit 5 neuen Objekten 767 zusätzliche Wohnheimplätze geschaffen. Das mag nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, denn die angepeilte Unterbringungsquote von 15% erreicht Karlsruhe mit nur 3070 Wohnheimplätzen immer noch bei Weitem nicht. Um so erfreulicher ist, dass weitere Gebäude - Neubauten und Renovierungen - bereits geplant sind, wie beispielsweise auf dem Campus der Musikhochschule. Auch hier sollen wieder private SpenderInnen das mangelnde staatliche Engagement ersetzen.

(db)

Infobox: Finanzierung

Gesamtkosten: 6.700.000 €

unmittelbar aufgebrachte Mittel:

StuWe:	1.100.000 €
MWK:	500.000 €
Dietmar Hopp:	250.000 €
Prof Kroschel:	130.000 €
Bürgerstiftung für Studentenunterkünfte:	100.000 €

sonstige Finanzierung durch Kredite

Eine Chance für die Türkei

Das Eis wird dünn für die Türkei. Im Dezember wird der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs (ER) entscheiden, ob Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden. Die Bedenken seitens der EU-Länder, so scheint es, werden größer, je näher die Ratssitzung für eine verbindliche Zu- oder Absage an die Türkei heranrückt. Die Türkei-Beitrittsfrage ist in den EU-Mitgliedsländern durch innenpolitische, wahlkampfaktische Überlegungen schwer belastet, so auch seitens der deutschen Parteien bei ihrem Buhlen um zweieinhalb Millionen Türken und Türkischstämmige in Deutschland.

Ein Nein zu Verhandlungen mit Ankara käme zu spät.

Andererseits hat sich aus der Frage nach dem Beitritt eines islamischen Landes zur EU in den Feuilletons der Zeitungen längst eine anhaltende Debatte über geographische und soziokulturelle Grenzen des schwer definierbaren Begriffs "Europa" entwickelt. Die Plädoyers für eine Festlegung der EU-Markung für die Zukunft oder, wie von Seiten der CDU/CSU, für einen so genannten privilegierten Status der Türkei, kommen zu spät: Mit den EU-Entscheiden von Helsinki 1999 und Kopenhagen 2002 wurde die Türkei zum Kandidaten erklärt und die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt, falls der Europäische Rat Ende 2004 entscheidet, dass Ankara die 1993 in Kopenhagen fixierten politischen Beitrittskriterien erfüllt. Für Erweiterungskommissar Günter Verheugen, der im Oktober einen Bericht und eine Emp-

fehlung über die Einhaltung dieser Kriterien vorlegen soll, wäre ein Nein zu Verhandlungen mit Ankara danach durch nichts gerechtfertigt, einen EU-Beitritt der Türkei vor dem Jahr 2015 hält er jedoch für ausgeschlossen.

Die formalen Beitrittskriterien müssen im Vordergrund stehen

Während sich in der EU-Bevölkerung der Streit um die Türkei-Beitrittsfrage an dem - durch Gewaltakte von Terroristen forcierten - scheinbaren Widerspruch zwischen Demokratie und Islam entzündet, muss es den Staat- und Regierungschefs der Europäischen Union schon bei ihrer Beschlussfassung zu Beitrittsverhandlungen primär um die formalen Voraussetzungen zur Erfüllung der Beitrittskriterien gehen. So gilt es zu prüfen, wie weit der Reformprozess in der Türkei vorangeschritten ist, ob die Türkei über eine stabile Demokratie verfügt und als Rechtsstaat die Menschenrechte garantiert sowie die Rechte von Minderheiten achtet.

Diese Frage scheint auch der Schlüssel für eine Akzeptanz der Türkei bei ihrer möglichen Integration in die EU seitens der deutschen Bevölkerung zu sein: Das Argument, das nach ihrer Ansicht am stärksten gegen den Beitritt spricht, ist die von zwei Dritteln als mangelhaft eingestufte Menschenrechtslage und Demokratisierung. Trotz der von Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) eingebrachten Gesetzesreformpakete, zeigen die realpolitischen Verhältnisse, jüngste Folterberichte von Menschenrechtsorganisationen, der Umgang mit den Minderheiten in der Türkei und auch neue Rückschritte wie die von Erdogan gewünschte Kriminalisierung des Ehebruchs, dass in der Türkei noch vieles im Argen liegt.

Das Reformpaket zur Verbesserung der Menschenrechtslage - ein Papiertiger?

Im Jahresbericht 2004 wurde zwar ein Bemühen um Reformen konstatiert, doch fiel die Bilanz zur Veränderung der Menschenrechtslage anlässlich anhaltender Berichte über Folterungen und Misshandlungen im Polizeigewahrsam und über die Anwendung exzessiver Gewalt gegenüber Demonstranten und Minderheiten, vor allem der



Hochsicherheitsgefängnis in Bayrampasa

Kurden, eher kritisch aus. Beamtenwillkür, mangelhafte Umsetzung der Reformen auch in den unteren Beamtenetagen sind schuld daran, dass das Reformpaket eher als Papiertiger in Erscheinung tritt.

Das umfangreiche Reformwerk, das die türkische Regierung bis August 2003 durchgesetzt hat, umfasst insgesamt sieben EU-Anpassungspakete. In diesen Reformpaketen finden sich gesetzliche Neuerungen, die den Status und den Schutz von Minderheiten, nichtmuslimischen Staatsbürgern und ihren Institutionen, Organisationen und auch Ausländer in der Türkei betreffen. Nichtmuslimischen Minderheiten wird nun die Möglichkeit gewährt, Gebetsstätten auch in privaten Räumlichkeiten zu errichten. Stiftungen nichtmuslimischer Religionsgemeinschaften können nun ohne die Zustimmung des Ministerrates Grundbesitz erwerben oder alte Ansprüche geltend machen. Mit einem neuen Ausländerbeschäftigungsgesetz

wurden zahlreiche Beschränkungen aufgehoben, die aus der Frühzeit der Republik stammen und die Ausübung zahlreicher Berufe durch Ausländer verboten haben. Auch müssen nicht-türkische Namen in Zukunft gleichermaßen akzeptiert werden.

Der Status von Kurden in der Türkei, ein höchste Sensibilität erfordernendes Thema bei der EU-Beitrittsfrage und sicherlich strittigster Punkt einer türkischen Minderheitenpolitik, ist im Zuge der Gesetzesreformen in ein Paket geschnürt worden. Dieses garantiert nun das Recht auf Abhaltung von Kurdisch-Kursen sowie die Ausstrahlung von Sendungen in anderen als der türkischen Sprache bei öffentlichen wie auch in privaten Fernseh- und Radiosendern, das heißt in "Minderheitensprachen" beziehungsweise regionalen Dialekten. Artikel 8 des Anti-Terror-Gesetzes, der die Verbreitung separatistischer Propaganda unter Strafe gestellt hatte, wurde abgeschafft.

Straffreiheit nach Folterungen und Misshandlungen soll in der Zukunft völlig ausgeschlossen bleiben. In den letzten Monaten sind durch die neu eingeräumte Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens für Personen, in deren Verurteilung durch türkische Gerichte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Verletzung ihrer Menschenrechte feststellte, einige Urteile revidiert oder zumindest in neuen Verfahren geprüft worden.

Die Türkei auf dem besten Weg zu einem modernen rechtsstaatlich-demokratischen Staat?

Gerne möchte sich die Türkei nach außen als moderner Rechtsstaat präsentieren, um als EU-Kandidat in die Beitrittsverhandlungen aufgenommen zu werden. Innerhalb des Landes jedoch klaffen weiterhin gesetztes

und reales Recht im Land weit auseinander. Der ai - Jahresbericht macht zu Recht darauf aufmerksam, dass bei Gesetzesreformen meist lediglich einzelne Paragraphen verändert wurden, anstatt eine grundlegende Neufassung durchzusetzen. Durch das Fehlen eines gesamtheitlichen Ansatzes sind die in den abgeänderten oder aufgehobenen Paragraphen des Strafgesetzbuches und des Anti-Terror-Gesetzes enthaltenen Bestimmungen in ähnlicher Form in anderen Gesetzen beibehalten worden, auf die sich, so befürchtet amnesty international, Staatsanwälte berufen



Oppositionspolitikerin Leyla Zana vor Gericht

könnten.

Sexuelle Übergriffe und Belästigungen von Frauen in Polizeigewahrsam und andere Formen der Folterungen und Misshandlungen gelten vielerorts immer noch als eine Art Gewohnheitsrecht. Menschenrechtsorganisationen klagen an: Beamte mit Polizeibefugnissen hielten sich nicht an die Vorschriften. Bei Gewaltübergriffen auf Demonstranten durch Polizisten, die in TV-Nachrichtensendungen regelmäßig gezeigt wurden, seien vor allem Anhänger der legalen prokurdischen Demokratischen Volkspartei HADEP, linksgerichtete Parteien, Gewerkschaften, Studenten und Kriegsgegner betroffen. Mit dem Reformpaket 2003 wurde Gerichtsverfahren zur Ahndung von Folterungen und Misshandlungen Priorität eingeräumt, doch blieb die Möglichkeit ausgeschlossen, das neue Gesetz rückwirkend anzuwenden.

Menschenrechtsaktivisten in der Türkei sind seitens der Justiz dauerhaft einem Muster von Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Öffentliche Erklärungen und friedliche Aktivitäten werden auf der Grundlage verschiedener Paragraphen des Türkischen Strafgesetzbuches strafrechtlich verfolgt, beispielsweise wegen "Beleidigung" von Staatsorganen oder "Anstachelung des Volkes zur Zwietracht".

Mehdi Zana, Ehemann der populären kurdischen

Widerstandskämpferin Leyla Zana und ehemaliger Bürgermeister der südostanatolischen Provinzhauptstadt Diyakabir, saß jahrelang "wegen separatistischer Propaganda" im Gefängnis. Sein Leiden in türkischen Haftanstalten hat er in dem Buch "Hölle Nr. 5" zusammengefasst, einer flammenden Anklage gegen türkische Justiz, Strafvollzug und Politiker, die die Missstände nicht ändern. Etwa 3500 Kurden befinden sich noch in Haft. Nach der Freilassung von Leyla Zana ertönte der Ruf einer Generalamnestie. Dass er diesmal nicht einfach nur im Nichts verhallte, ist ein Zeichen dafür, dass die Türkei im Begriff ist, ihre Rechtsstaatlichkeit nach EU-Norm unter Beweis zu stellen.

Eine Chance für die Türkei: Die EU vermag den türkischen Reformprozess zu beschleunigen

Die Aussicht auf Beitrittsverhandlungen und der Druck des Europäischen Menschenrechtshofes hat die türkische Regierung in den letzten Monaten immer häufiger dazu veranlasst, ihre Menschenrechtssituation auf den Prüfstand zu stellen. Die Wiederaufnahme mehrerer Gerichtsverfahren für politische Inhaftierte sowie die Zurücknahme des Gesetzes zur Kriminalisierung des Ehebruchs haben dies eindrucksvoll gezeigt.

Die EU-Länder sollten sich nicht mit endlosen Debatten über den Islam und den "Kulturraum Europa" die Chance verspielen, durch gezielte Forderungen nach Beachtung von grundlegenden Menschenrechten auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei Einfluss nehmen zu können. Für den Europäischen Rat gilt es, sich auf die reale Umsetzung der formalen Beitrittskriterien in der Türkei zu konzentrieren. Erst auf dieser Grundlage können weitere Verhandlungen überhaupt stattfinden. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wird indes diejenigen in der Türkei stärken, die für Veränderung und Frieden eintreten. Und das erst wäre die Chance für eine Türkei in der EU.

Sina Rosenkranz, ai Hochschulgruppe

Was bewegte Studis vor 10 Jahren?

Das UStA-Magazin vom 18. Oktober 1994

Wie schon so oft vorher und nachher auch damals legte die Landesregierung einen Entwurf zur Änderung des Landeshochschulgesetzes vor. Vorschläge dazu von Seiten der Studierenden und der Hochschulsenate wurden nicht berücksichtigt. Der UStA forderte eine "echte Reform des Hochschulwesens", um das weitere Schwenden der öffentlichen Bildungsausgaben zu verhindern und Studieninhalte auf aktuelle Problemstellungen zu orientieren.

Anfang November gab es drei Aktionstage mit Podiumsdiskussionen und Workshops zu im LHG nicht berücksichtigten Themen wie Frauenförderung und Demokratie an der Hochschule. Begleitet wurden die Aktionstage mit einem kulturellen Rahmenprogramm. Schon seit einiger Zeit war die Unix-"Studentenmaschine" rzstud1 für alle Studierenden zugänglich. Leider litt der Rechner dank eines explosionsartigen Anstiegs der NutzerInnenzahl unter permanenter Überlastung. Da die meisten Studis allerdings Probleme der Art "Was ist eine eMail?" oder "Wie lösche ich Datei xyz?" hatten, wurde im Wintersemester 94/95 ein Hiwi mit der Betreuung beauftragt.

Am 29. Oktober 1994 fand ein Frauentag an der Uni statt. Dabei ging es speziell um die Förderung und Integration von Frauen an einer Technischen Hochschule. Es fanden Diskussionen mit Professorinnen und ein Vorbereitungstreffen auf den Kongress "Frauen in Naturwissenschaften und Technik" statt.

(db)



Wir schlonzen!

Zum Beginn des Wintersemesters ergreift der Unabhängige Studierenden-Ausschuss die Möglichkeit, einen Abend mit Politik und Geselligkeit zu füllen. Euch werden die sagenumwogenen UStA-ReferentInnen in persona präsentiert, dazu jede

Termin: Do. 21. Oktober 2004

Uhrzeit: 20:00 Uhr

Ort: Altes Stadion

UStA

Menge obskuren und interessanten Krams aus der bewegten Geschichte der Karlsruher Studierendenvertretung. Zum Einstieg zeigen wir noch einen lustigen Film: Michael Moores Frühwerk "Roger & Me".

Leckermensarankingcontest!

Nach dem uns das Sommerloch mit nutzlosen Meldungen zu Lieblingsstudiengebühren, chinesischen Hochschulrankings und weiteren geordneten Greueltaten aus der spiegel.online-Redaktion beglückte, SWR1 die n-te Hitparade aller Zeiten aufstellt, kommt nun mal endlich ein Ranking, mit dem Studis endlich was anfangen können. Der UStA ruft alle Studis auf, den unten angehängten Wahlzettel auszufüllen und uns zurückzugeben. Wir werden, wenn sich genug Zettel und Zeit ansammeln ein kurze Hitparade des Mensaessens veröffentlichen.

So können in Zukunft Studis den fiesen Dingen schon im Vorfeld aus dem Weg gehen und verborgene Juwelen auf dem Fließband zielsicher erkennen.

Und da alles gut wird, entsorgt das StuWe eventuell auch mal paar Dauerbrenner aus dem Programm. Na dann, auf gehts:

(wi)

TOLLER MENSAESSENSWAHLZETTEL

☐ ich bin Vegi ☐ ich bin omnivore Mensasemester

+3 :....."Fast so gut wie bei Mutti!"

+2 :....."Lohnt sich extra vor 14.00 aufzustehen"

+1 :....."Da kann Studi auch ansteh'n für"

0 :....."Besser als selbstgeköcht ist's allemal"

-1 :....."Wenn der große Hunger zwingt..."

-2 :....."Mensaessen neuwrtg. gut erh. günst. abzugeb."

-3 :....."ESSEN? Eher ein chronisches Versehen!"

UStA

Wie jeden Januar findet auch 2005 wieder ein Uni-Winterfest statt!

Diesmal mit folgenden Features:

- zwei Bühnen. Mit richtiger Musik. Also live und so.
- eine Disko. Auch live, allerdings kommt die Musik eher aus der Dose.
- ein Burnout. Auch irgendwie live, aber vor allem laut. Bläst Scheiben raus.
- eine Lounge. Ruhiger. Chilliger. Jazz. Wein.
- eine Garderobe. Damit ihr die Regenmäntel nicht dauernd verliert.
- Bier. Ihr werdet es nicht glauben, aber wir verkaufen tatsächlich Bier.
- Cocktails. Mehrere. Auch mehrere Bars. Und Longdrinks.
- Essen. Machen wir zwar nicht selber, ist aber trotzdem lecker.
- Arbeit. Haben wir jede Menge von.



Haben wir eigentlich schon gesagt, dass das Fest von Studis für Studis ist? Nein? Gut. Dann machen wir das mal. Das Fest wird ausschließlich von Studis in ihrer Freizeit organisiert. Weil wir das nicht alleine machen wollen, rufen wir euch alle auf, uns dabei zu helfen. Wie? Das könnt ihr euch aussuchen. Ob ihr eine Bühne mitorganisiert, einen Bierstand betreut, Kabel verlegt, im Catering bei der Bekochung der Bands

hilft, die Mensa dekoriert, Karten verkauft oder als Springer dort hilft, wo es brennt, es ist für jeden und jede was dabei. Erfahrungen oder Vorkenntnisse braucht ihr nicht, wobei Kreativität sicherlich nicht verkehrt ist. Falls ihr Interesse habt, uns zu unterstützen, dann kommt doch einfach mal zur Festkomitee-Sitzung - immer Donnerstags um 19:00 Uhr im UStA-Büro. Wir warten auf eure Ideen und Vorschläge!

(ab,cz,jhh)

Hochschulen vor dem Scheideweg

Im November soll es soweit sein. Nachdem sie einige Monate lang verschoben wurde, soll sie jetzt kommen: die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) über das Hochschulrahmengesetz (HRG). Vor allem von studentischer Seite wird das Ergebnis mit Bangen und Hoffen erwartet.

Das Bundesverfassungsgericht wird über die 6. Novelle des HRG aus dem Jahr 2002 entscheiden. Darin wird die Einführung allgemeiner Studiengebühren verboten. Dies ist einigen Bundesländern, z.B. Baden-Württemberg ein Dorn im Auge. Nach Einführung von Langzeitstrafen, Verwaltungsgebühren und Ähnlichem haben sie Blut geleckt und wollen nun den Studierenden noch mehr Geld aus den Taschen zu ziehen. Konkrete Pläne für allgemeine Studiengebühren liegen schon seit Längerem in den Schubladen der Wissenschaftsministerien. Für den Einstieg sind mindestens 500 Euro pro Semester vorgesehen. Das "Musterland" Australien zeigt das Ziel der Regierenden: Sie wollen sich immer weiter aus der Bildungsfinanzierung zurückziehen. Schliesslich werden (in ihrer Welt) die Studierenden dann zu glücklichen und zufriedenen KundInnen. Immer wieder ist von der Konkurrenz der Hochschulen untereinander - einem Begriff, den unser Rektor ebenfalls gerne benutzt - die Rede. Um die Sommerpause zu überbrücken, gaben in letzter Zeit wieder zahlreiche PolitikerInnen (undurchdachte) Vorschläge zu einem Thema ab, welches (noch) tabu ist.

Demontage des Bundes?

Damit Bildung wie Bananen gehandelt werden kann, muss erst das HRG fallen. Dazu haben 5 Bundesländer eine sogenannte Normenkontrollklage eingereicht. Sie behaupten, das Bundesgesetz hätte vor dem Inkrafttreten dem Bundesrat vorgelegt werden müssen. Wie der Name bereits impliziert, gehört das HRG zur Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Ausgestaltung dieser groben Vorgaben fällt dann den Länderparlamenten zu. Das BVerfG wird jetzt herausfinden müssen, ob sich der Bund zu weit aus dem Fenster gelehnt und tief in die Souveränität der Länder eingegriffen hat. Mit einer Entscheidung zugunsten derselben würde der Bund faktisch entmachtet. Es würde die im Grundgesetz manifestierte Beschränkung auf Fälle, welche "die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich" machen, sehr eng interpretiert. Nach Ansicht der Bundesregierung ist

ein Verbot allgemeiner Studiengebühren zur Schaffung bundeseinheitlicher Lebensstandards notwendig.

Bangen und Hoffen

Auch von studentischer Seite bestehen Erwartungen an die RichterInnen. Sollte das HRG bestehen bleiben, können wir eine erhebliche Verbesserung unserer Situation erwarten. Mit der vor über 2 Jahren in Kraft getretenen Änderung muss auch die Verfasste Studierendenschaft eingeführt werden. In Baden-Württemberg und Bayern ist dies noch immer nicht in Landesgesetz umgesetzt worden. Stattdessen ist eine demokratische Studierendenvertretung weiterhin seit

mittlerweile 27 Jahren verboten. Selbst im kommenden, sich modern lobpreisenden Landeshochschulgesetz (LHG) ist keine Rede davon. Es wäre skandalös, wenn das BVerfG gegen eine Demokratisierung unserer Hochschulen entscheiden würde. Bereits im Juli entschied das Bundesver-



Die Richterinnen und Richter des BVerfG

fassungsgericht über das HRG. Damals kippte das BVerfG die in der 5. HRG-Novelle (ebenfalls 2002) vorgesehene Dienstrechtsreform inklusive der Junior-Professur. Es ist nicht so, dass die kommende Entscheidung dadurch vorweggenommen wird, aber auch das Gericht ist nicht immun gegen die (durch effektive Propaganda geformte) öffentliche Meinung. Es wird sich um eine für seine Verhältnisse politische Entscheidung handeln. Wie im November auch entschieden wird, das Ergebnis wird von historischer Bedeutung sein. Falls das Gesetz fällt, wird das die einschneidendste Veränderung im Hochschulbereich seit den 70er Jahren bringen, zum Anderen wird es richtungsweisend für die Klärung zukünftiger Kompetenzfragen von Bund und Ländern im Bildungsbereich. Es bleibt zu hoffen, dass wir nicht auf einmal in die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen werden.

(db)

Studieren und Wohnen

Eine Frage, die sich jeder und jedem Studierenden mindestens einmal stellt, ist die Frage nach den "eigenen" vier Wänden. Kaum ein Thema ist im Studium von so zentraler Bedeutung - unmittelbar für die Lebensqualität und auch mittelfristig für den Erfolg der Ausbildung. Unsere Wohnung sagt mehr über uns als 1000 Worte. So wie wir uns mit unserem Studium identifizieren, tun wir dies auch mit ihr. Dass Studierende wie andere Menschen auch eine Wohnung brauchen, muss wohl kaum erwähnt werden.

Hütten und Paläste

Auch wenn seit September nun 236 zusätzliche Wohnheimplätze bereitstehen, besteht weiterhin Bedarf an Wohnraum für Studierende. Das liegt natürlich am offensichtlichsten daran, dass nur eine begrenzte Anzahl bezahlbarer Wohneinheiten in einer Stadt wie Karlsruhe verfügbar sind. Aber auch bei einem relativ entspannten privaten Markt treten unvermindert Anfragen beim Studierendenwerk und den anderen Wohnheims-TrägerInnen auf. Dies ist keinesfalls verwunderlich. Zum Einen sind Wohnheime mit Mieten von 130 - 250 Euro pro Monat deutlich billiger als fast alle privaten Angebote, zum Anderen bilden sie ein Angebot für Menschen, die nicht aus der Umgebung kommen und eben nicht die Möglichkeiten haben, mal eben ein paar Wohnungen zu besichtigen. Dieses Problem wird oft genug unterschätzt - auch von den Betroffenen. Immer wieder tauchen zur O-Phase "obdachlose" Erstis auf - falls ihr noch ohne Wohnung seid, meldet euch beim UStA!

Schwarze Bretter an der Uni

- Studentenhaus UG (hinter der Cafete)
- Mensa-Foyer vor dem UStA-Büro
- Eingang der Uni-Bibliothek
- vor den Studienbüros

AusländerInnen

Besonders oft haben ausländische Studierende Probleme mit der Wohnungssuche. Zusätzlich zu Mobilitäts- und finanziellen Problemen haben sie oft mit Vorurteilen und rassistischen Einstellungen zu kämpfen. Wer sich nicht 20.000 Euro im Jahr für das International De-

partement leisten kann, muss woanders unterkommen. Aber nur 20% der Plätze, die das StuWe vergibt, sind für AusländerInnen reserviert. In den Wohnheimen kommen die Meisten unter, auch die besonders wichtige gesellschaftliche Integration kann in dieser Gemeinschaft viel einfacher erfolgen.

Verbindungen



Wie dringend man auch eine Wohnung sucht, man sollte darauf achten, nicht aus Versehen bei einer studentischen Verbindung zu landen. Burschenschaften, Corps und Ähnliche versuchen mit allen Mitteln, Mitglieder für ihren "Lebensbund" zu akquirieren. Oftmals werden Angebote auf irreführende Art dargestellt. Das geht so weit, dass sich Ver-

bindungen als Wohnheime ausgeben. Zu dem Zweck haben einige von ihnen gar eine eigene Vermittlungsagentur gegründet. Vor allem wenn Wohnraum an "deutsche Männer" vermietet wird, ist Vorsicht geboten. Auch mit einem ominösen "Arbeitskreis Studiguide" versuchen Korporierte ihre Seilschaften zu verharmlosen. Wer sich mit den Gefahren des Verbindungs-wesens auseinander setzen möchte, sollte mal auf die im Kasten angegebenen Webseiten schauen.

(db)

Weitergehende Informationen

- Ersti-Info: "Wie Wo Wohnen?" (gibt's im UStA oder auf <http://www.usta.de/>)
- Sozialinfo: <http://www.usta.de>
- fzs-Broschüre "Studieren und Wohnen" (gibt's im UStA)
- Abteilung Wohnen des Studierendenwerks
- über Verbindungen:
<http://clubhausia.fsrvv.de/> und
<http://www.fzs-online.org/cat/71/>

Aufruf zur Demonstration am 23.10.2004 in Heidelberg

-- Beginn: 13:00 Uhr am Bauhaus --

**Weg mit dem Berufsverbot für Michael Csaszkóczy!
Gemeint sind wir alle!**



Seit Anfang des Jahres 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Über mehr als 12 Jahre hinweg wurde Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren. Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Wir fordern die Einstellung Michael Csaszkóczys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.

**Weg mit den antidemokratischen Berufsverboten!
Grundrechte verteidigen!**

**Demonstration am 23.10.2004 in Heidelberg, Bauhaus,
Beginn: 13:00 Uhr**

Eine Liste bisheriger UnterstützerInnen und weitere Informationen findet ihr unter
<http://www.gegen-berufsverbote.de>

Ausserdem könnt ihr euch in die im UStA ausliegende Unterschriftenliste eintragen.

"Sie nahmen mir die Mutter und gaben mir ein Gewehr"

Lesereise der ehemaligen Kindersoldatin China Keitetsi

China Keitetsi, ehemalige Kindersoldatin, die aus Uganda entkam und sich heute aktiv für die Rechte von Kindern einsetzt, hat ihre Erfahrungen in einer Autobiographie mit dem Titel "Sie nahmen mir die Mutter und gaben mir ein Gewehr" veröffentlicht.

Am 11. November wird diese junge Frau, die eine Wandlung vom Opfer zur mutigen Kämpferin für die Menschenrechte



China im Alter von 13 Jahren

vollzogen hat, eine Lesung abhalten, die die Amnesty Hochschulgruppe Karlsruhe/AK Menschenrechte organisiert hat. Der Veranstaltungsort wird per Flyer bekannt gegeben. China Keitetsi, heute 28, wurde im Alter von neun Jahren von Soldaten der "National Resistance Armee", einer Rebellen-

angeführt von Ugandas heutigem Staatsoberhaupt Yoweri Museveni, zur "Vollblutkriegerin" gedrillt.

In der alltäglichen Gewaltspirale des Krieges wurden die Kindersoldaten zudem regelmäßig von ihren Befehlshabern missbraucht. Nach elf Jahren Armeedienst, die tiefe körperliche und seelische Narben hinterlassen haben, gelang ihr die Flucht nach Südafrika. Dort wurde sie - nachdem sie sich einer Organisation zum Sturz des Präsidenten Museveni angeschlossen hatte - vom ugandischen Geheimdienst aufgegriffen und monatelang gefoltert. Durch das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge erhielt sie schließlich einen Platz in einer Traumaklinik. Heute hat China Keitetsi in Dänemark eine neue Heimat gefunden.

Seit dem enormen Erfolg ihres Buches, einem einzigartigen Zeugnis, das sich hoch in den deutschen Best-

sellerlisten platzierte, hat sie begonnen, aktiv gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten zu kämpfen und betreibt internationale Aufklärung. "Der Kampf, den ich heute führe, ist kein Kampf mit Waffen, sondern ein Kampf mit Worten. Alle Kinder sollen das Recht haben, in Unschuld aufzuwachsen. Kein Kind soll erleben müssen, was ich erlebt habe." Laut Schätzungen der Vereinten Nationen werden heute noch circa 300.000 Kinder in über zwölf verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas als Soldaten missbraucht.

11. November, Lesung und Diskussion, Veranstalter: Amnesty International Hochschulgruppe Karlsruhe/ AK Menschenrechte



China Keitetsi wird aus ihrem Buch lesen

Frauenreferat neu besetzt!

Das Frauenreferat ist neu besetzt! Nach meiner Vertreterin Susanne Riedel, die seit April das Amt übernommen hatte, bin ich eure Frauenreferentin an der Uni. Mein Name ist Daniela Kohl und ich vertrete seit dem 1. August 2004 die Studentinnen der Universität Karlsruhe. Zur Zeit studiere ich im 9. Fachsemester Wirtschaftsingenieurwesen.

In die Hochschulpolitik kam ich vor einigen Semestern - wie die meisten durch Freunde und das Unifest. Ich habe mittlerweile zwei Jahre Studierendenparlament hinter mir und freue mich jetzt darauf, auch im UStA mitwirken zu können. Das Hauptanliegen des Frauenreferates ist, dass sich Frauen an unserer Hochschule wohl fühlen und sich angstfrei nicht nur auf dem Unigelände, sondern in der ganzen Stadt bewegen können. Dazu gilt es zu überlegen, wie ein frauenfreundlicher Campus aussehen muss und entsprechende Maßnahmen anzugehen.



Frauen an der Uni?

Bei einem Blick in die Gesellschaft, die Industrie und die Politik wird klar, dass nicht nur an unserer Hochschule Frauen in gehobenen und führenden Positionen immer noch sehr selten vertreten sind. Mein Ziel ist es, Studentinnen durch Workshops und Seminare ein Teil des Werkzeugs für das spätere Berufsleben zu geben.

Frauenreferat = eure Interessensvertretung

Das Wichtigste für mich ist jedoch grundsätzlich, dass ich eure Interessen vertrete bzw. mich um eure Anliegen kümmere! Deshalb könnt ihr jederzeit im Frauencafe auf einen Tee vorbeikommen und die Frauenarbeit an der Uni mitgestalten oder sogar unterstützen. Meine Sprechzeiten findet ihr auf der UStA Homepage. Ihr könnt auch einfach anrufen oder per Email einen Termin vereinbaren: 0721-608-8466 oder frauen@usta.de

(dk)

Frauen in der Technik

Seit 100 Jahren können Frauen an der Fridericiana studieren

Bereits 100 Jahre hat die Universität Karlsruhe auf dem Pfad der Gleichberechtigung zurückgelegt - und trotzdem ist der Weg noch lang: Im Jahr 1904 ließ die Fridericiana als erste Technische Hochschule in Deutschland Frauen zu einem ordentlichen Studium zu. Magdalena Meub hieß die erste Studentin mit der Matrikelnummer 121. Doch in fast allen technischen Bereichen haben Frauen auch heute noch Seltenheitswert. Die Hintergründe, warum so wenig Frauen den Weg in diese Männerdomäne wagen und Möglichkeiten, dies zu ändern, beleuchtet das Symposium

"Technik: Ohne Frauen keine Zukunft"

am Freitag, 15. Oktober,

von 9 bis 18 Uhr

an der Universität Karlsruhe (TH).

Die Referentinnen und Referenten der Veranstaltung erörtern die Bedingungen, die eine Karriere ermöglichen: Die Frauenbeauftragte der Fridericiana, Carmen Boxler, gibt einen Überblick darüber, wie viele Frauen heute Führungspositionen besetzen und in welchen Bereichen sie tätig sind. Ob es Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa gibt, erklärt Dr. Ákos Detreköi, Rektor der Technischen Universität Budapest. Er spricht zum Thema "Ingenieurinnen in Ost-Europa". Weitere Referentinnen sind unter anderem: Anke Diez (Leiterin der kww, Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Karlsruhe), Madeleine Lüthy (Leiterin des Dual Career Advice Büros der ETH Zürich), Professorin Dr. Liesel Hermes (Rektorin der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe), und Dr. Carmen Leicht-Scholten (Leiterin von MentoringPlus, RWTH Aachen).

Viel vor, nix dahinter?

Es geht auch wenn die Überschrift anderes vermuten läßt, nicht um die Bewerbung Karlsruhes um die Kulturhauptstadt Europas 2000paarundzwanzig, sondern um unser neues Verkehrskonzept an der Uni.

Die Univerwaltung hat nämlich nach jahrelangem, sehr angestrengtem und sehr anstrengendem Nachdenken einiges festgestellt. Zum Beispiel, dass wir viel zu viele Autos auf dem Campus haben. Und zu wenige Parkplätze. Aber auch dass die Uni chronisch klamm ist und nicht weiß, aus welchen Töpfen sie die 40kg Kaviar fürs nächste Alumni-Treffen bezahlen soll. Und weil sie vom vielen Denken müde geworden ist, beschloß die Uni erstmal eine Kommission einzusetzen.



Verkehrsberuhigter Bereich im Abseits

Griffige Lösungen

Die kommissiert nun schon einige Zeit vor sich hin und hatte bisher tolle Ideen. So schien es nicht machbar, die Menge Autos auf dem Campus ernsthaft zu reduzieren. Also beschränkte man sich darauf, nur dort über Kürzungen nachzudenken, wo es schön griffig war. Die fiesen Fachschaften und ihre Studis, die mit den Parkplaketten uns den Campus zustellen, zum Beispiel. Gesagt getan und schon war das Thema erledigt.

Einfahrten für die Fachschaften drastisch reduzieren, allen anderen Studis pauschal verbieten und nur noch auf Nachweis von Blindheit oder Lahmheit semesterweise genehmigen - es könnte ja der Heiland noch vorbeikommen und somit zu erschwindelten Einfahrten führen. So ist es aber sogar jesusdicht.

Nun was machen aber alle anderen, die Profs, unser VT-Personal, die ganzen Fremdfirmen und nicht zuletzt auch die Verwaltung selbst? Nun, die müssen eben den

40kg-Eimer Kaviar bezahlen. So einfach ist das: Einmal in die Uni fahren kostet dann irgendwas zwischen 1 und 3 Euro und ist von allen zu bezahlen.

Schön demokratisch, nicht? Schön gerecht ist auch, dass dann natürlich keiner ein Anrecht auf einen Parkplatz hat, denn schließlich zahlt mensch ja für die Einfahrt und nicht fürs Parken. Und so können dann Dekane, Amtshauptmänner und rollifahrende Studis fröhliche Umstände feiernd um die Häuser cruisen und warten bis mal ein Parkplatz frei wird. Disneyland funktioniert auch so, einmal zahlen und dann im Kreis eiern, bis es einem ganz dusselig im Kopp wird.

Weil den ganzen Leuten dann das ganze rumgedusle zuviel wird, hören sie dann von alleine auf, mit dem Auto in die Uni zu fahren. Spontane Selbsterkenntnis nennt sich das dann pathologisch - und unsere Univerwaltung glaubt ganz feste daran.

Rechnen mit Löchern

Dumm nur, dass das 500-Euro-Parken für einen Sekretär oder eine Hausmeisterin ein größeres Loch im Säckel macht als für die Dekanin der Fakultät für Diesundjenes. Aber das wird sicher noch gerecht werden, sobald das Land den Profs auch Semestergebühren in Rechnung stellt.

Da sich aber solche epochalen Dinge nicht auf einen Schlag ändern lassen, hat die Uni schon mal im Vorfeld die Fußgängerzone an der Mensa abgeschafft, damit sich die Leute daran gewöhnen auch dort die Straße rauf und runter zu cruisen. Ganz wie die GTI-Bauern auf der Karlstraße, die dort auch tagelang mit Dorfbratze auf dem BeifahrerInnensitz rauf und runter fahren. An den verkehrsberuhigten Bereich vor dem AKK hält sich so oder so niemand, also wird man die Schilder nicht einmal losschrauben müssen. Spart alles Arbeit und Geld.

Leider wird wohl nichts aus dem Plan werden, weil das AKK mal nachgerechnet hat und pro Monat so oft in die Uni rein und raus will, wie die Verwaltung eigentlich für alle Fachschaften pro Jahr geplant hat. Tolle Wurst. Und parken werden die sicher auch - oder im Kreis auf dem Roten Platz rumfahren.

(wi)

Gaudeamus Igitur! Riemuitkaamme, vielä on!

**Der Burschi-Schlonz für alle Nichtburschis und
Nichtburschinnen.**

-- 26. Oktober, 20:00 Uhr im AKK --

Und warum der ganze Schlonz?

Um auch für alle nichtdeutschstämmigen, nichtmännlichen, wehrkraftzersetzenden und traditionskritischen Menschen aller Couleur, jeden Geschlechts und wachen Geistes auch mal einen besinnlichen und urigen Abend zu bieten. Um sich mal so richtig in studentischer Tradition zu suhlen, lauthals doofe Lieder zu singen und kräftig Bier zu vernichten. Um mal so richtig für seine / ihre Gemeinschaft einzutreten, in albernem Klamotten und ulkigen Utensilien sich die Visage zu verschrammen (nur wer mag).



Es wird gebeten, in vollem Wicks (also in voller Montur und nicht in bäh...) aufzulaufen. Hohe Stiefel, buntes Textil, lustige Schärpen, depperte Hüte, und publikumstaugliche Hieb- und Stichwaffen. Wer Schmissee hat, bitte mitbringen, wer ohne dasteht, leiht sich welche bei FreundIn oder malt halt ein paar fiese.

Für das burschigste Kostüm gibt es einen Überraschungspreis: Noch mehr Bier.

[Arbeitskreis 47]

An dieser Stelle nochmal ein ganz herzliches Dankeschön an Michael Vogel, der sich als Layouter und Berufschauvinist der letzten vier UStA-Magazine verdient gemacht hat. All die um irgendwelche Körperteile geschlagenen Nächte werden wir ihm nie vergessen! Ohne ihn hätte es diese Publikation im letzten Semester vielleicht gar nicht gegeben. Danke!



IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind gerne willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder. Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Redaktion: Daniel Bruns

Layout: Daniel Bruns

Titelbild: LeserInnenbrief für das UMag?

Druck: Studierenden Service Verein (SSV)

Auflage: 2000

V.i.S.d.P.: Tobias Koz

UStA der Universität Karlsruhe

Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

Fax: 0721/608-8470

email: umag@usta.de

<http://www.usta.de>

Termine

Oktober

- Dienstag, 12. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Mathe/Info
- Donnerstag, 14. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest WiWi
- Donnerstag, 14. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Physik
- Freitag, 15. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Etec
- Freitag, 15. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Geist/Soz
- Freitag, 15. Oktober**
100 Jahre Frauen in TUs
- Samstag, 16. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Bau-Igel
- Samstag, 16. Oktober, 20:00 Uhr**
O-Phasenfest Architektur
- Montag, 18. Oktober**
Vorlesungsanfang
- Dienstag, 19. Oktober, 19:00 Uhr**
Vortrag: Potential der regenerativen Energien für den Klimaschutz
- Dienstag, 19. Oktober, 22:00 Uhr**
Spongebob Schlonz
- Donnerstag, 21. Oktober, 11:30 Uhr**
Fahrradversteigerung des Studierendenwerks
- Donnerstag, 21. Oktober, 20:00 Uhr**
UStA Schlonz
- Samstag, 23. Oktober, 13:00 Uhr**
Demo gegen Berufsverbote (Heidelberg)
- Montag, 25. Oktober, 16:00 Uhr**
Vortrag: Barrierefreie multimediale Bücher
- Dienstag, 26. Oktober, 20:00 Uhr**
Burschi-Schlonz
- Donnerstag, 28. Oktober, 20:00 Uhr**
Liveschlonz: Till Geiger

November

- Dienstag, 02. November, 19:00 Uhr**
Vortrag: Stromerzeugung aus Windenergie in Karlsruhe
- Donnerstag, 04. November, 20:00 Uhr**
Erstsemester-Party im Substage
- Donnerstag, 04. November, 20:00 Uhr**
Musik aus Japan Schlonz
- Dienstag, 09. November, 20:00 Uhr**
Videoke Schlonz
- Donnerstag, 11. November, 11:11 Uhr**
Karneval Schlonz
- Donnerstag, 11. November**
Lesung der ehemaligen Kindersoldatin China Keitetsi
- Dienstag, 16. November, 20:00 Uhr**
Ambient Schlonz
- Donnerstag, 18. November, 21:30 Uhr**
Bad Taste Night Schlonz
- Dienstag, 23. November, 20:00 Uhr**
The RAMONES vs. Die ÄRZTE Schlonz
- Donnerstag, 25. November, 20:00 Uhr**
Musikvideo Schlonz
- Freitag (sic!), 26. November, 21:00 Uhr**
Alles Teuflische Schlonz

**aktuelle Informationen ständig unter
www.usta.de und www.akk.org**